

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, SP): Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) – Wann kommt die Abstimmung?

Seit mehreren Jahren ist die kantonale Agglomerationsstrategie SARZ das agglomerationspolitisch zentrale Thema. Laut kantonaler Abstimmungsbotschaft soll damit die regionale Zusammenarbeit effizienter, verbindlicher und demokratischer werden. In der kantonalen Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 wurde die Vorlage – bestehend aus einer Verfassungsrevision, einer Teilrevision des Gemeindeggesetzes und verschiedenen Übergangsbestimmungen und Anpassungen von Spezialgesetzen – deutlich mit rund 80% Ja-Stimmen angenommen. Damit wurden die Grundlagen für die Schaffung von Regionalkonferenzen geschaffen. Die Gemeinden sollen so einfacher und rascher über wichtige Fragen in der Verkehrsplanung, der Siedlungsentwicklung, der Kulturförderung und der Regionalpolitik entscheiden können.

Seit Anfangs 2005 wird die Umsetzung des Regionalkonferenz-Modells für die Region Bern-Mittelland im Rahmen des Projekts „Bernplus – Stadt und Land gemeinsam“ auf Exekutivebene vorbereitet. In den Parlamenten der insgesamt 101 betroffenen Gemeinden und in der Bevölkerung war SARZ bis heute zum grössten Teil noch kein Thema. Da die Einführung der Regionalkonferenz in einer Urabstimmung beschlossen werden muss und ein doppeltes Mehr von Gemeinden und Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern notwendig ist, stellen wir dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Wann finden die Abstimmungen zur Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland statt?
2. Welche Unterstützung erhält der Gemeinderat vom Verein Region Bern (VRB) und allenfalls vom Kanton im Hinblick auf die Abstimmung und die Einführung einer Regionalkonferenz Bern-Mittelland?
3. Welche Kommunikationsmassnahmen hat der Gemeinderat bisher unternommen und welche Massnahmen sind geplant, um die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger frühzeitig über die Abstimmung zu informieren und so die Voraussetzungen für eine breite Zustimmung zu schaffen?
4. Ist der Gemeinderat bereit, gemeinsam mit anderen Gemeinden eine Informationskampagne zu planen und die Bevölkerung rasch über die Inhalte und Konsequenzen von SARZ zu informieren?

Bern, 27. März 2008

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, SP), Ursula Marti, Markus Lüthi, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Thomas Göttin, Giovanna Battagliero, Beat Zobrist, Andreas Zysset, Rolf Schuler, Beni Hirt, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Christof Berger, Ruedi Keller, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Stefan Jordi

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat die Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland, die eine verbesserte, verbindlichere regionale Zusammenarbeit ermöglicht, stets unterstützt. Dabei war er in der ersten Phase, bis zur kantonalen Abstimmung, vor allem subsidiär aktiv. In der zweiten Phase, der Vorbereitung der regionalen Abstimmung, ist der Gemeinderat nun verstärkt beteiligt, und zwar bei der Erarbeitung der Umsetzungsvorlage in der Region Bern und der Kommunikation der Vorlage.

Zu Frage 1 :

Gemäss Artikel 138 Absatz 1 des Gemeindegesetzes (GG) entsteht eine Regionalkonferenz durch Beschluss der Gemeinden und der Stimmberechtigten. Nach Artikel 138 Absatz 2 GG ordnet der Regierungsrat eine regionale Volksabstimmung über die Bildung einer Regionalkonferenz an, wenn mehrere Gemeinden es verlangen. Er entscheidet endgültig über die Durchführung der Abstimmung.

Die regionale Abstimmung über die Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist für den 17. Mai 2009 vorgesehen. Voraussetzung dafür ist, dass die Behördendelegation die notwendigen Entscheidungsgrundlagen bis spätestens Mitte Oktober 2008 verabschiedet und bis 10. Dezember 2008 eine deutliche Mehrheit der 101 Gemeindeexekutiven den entsprechenden Antrag an den Regierungsrat zur Bildung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland beschliesst.

Im Zuge der Gesetzesänderungen zur Einführung der Regionalkonferenzen wurde das Kulturförderungsgesetz (KFG) so abgeändert, dass das Vetorecht der Standortgemeinde bei Subventionsverträgen im Kulturbereich nicht mehr explizit erwähnt wird. Es handelt sich dabei um ein gesetzgeberisches Versehen, das der Regierungsrat korrigieren will. Deshalb hat der Regierungsrat eine rasche kleine Revision des KFG an die Hand genommen. Die Lesung im Grossen Rat ist im Januar 2009 vorgesehen. Der VRB unterstützt diese Revision. Bevor der Gemeinderat einen Antrag zur Durchführung einer regionalen Volksabstimmung über die Bildung der Regionalkonferenz unterstützen kann, muss das gesetzgeberische Versehen im KFG korrigiert sein.

Zu Frage 2:

Für die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Regionalkonferenz ist das Projekt „Bernplus – Stadt und Land gemeinsam“ zuständig, das unter Federführung des Vereins Region Bern (VRB) durchgeführt wird. Bernplus ist in verschiedene Teilprojekte gegliedert, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der künftigen Regionalkonferenz beschäftigen.

Für die Stadt Bern ist vor allem Teilprojekt 1 „Organisation“ der Regionalkonferenz von Bedeutung. Hier wird z.B. das Geschäftsreglement der künftigen Regionalkonferenz ausgearbeitet. In der zuständigen Arbeitsgruppe sind Fachpersonen aus der Stadtverwaltung vertreten, die am Entwurf des Geschäftsreglements mitarbeiten und die Interessen der Stadt Bern einbringen. Die Vernehmlassung zum Entwurf des Geschäftsreglements fand bis zum 11. April 2008 statt. Es hat sich gezeigt, dass eine deutliche Mehrzahl der Gemeinden dem Geschäftsreglement in allen Fragen zustimmt.

In der Behördendelegation des Projekts Bernplus hat der Stadtpräsident Einsitz. Diese befindet über Anträge der Arbeitsgruppen und bereitet Entscheidungsgrundlagen zuhanden der Konferenz der Gemeindepräsidenten vor.

Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung sind somit an der Ausgestaltung der künftigen Regionalkonferenz beteiligt und können Stadtinteressen auf mehreren Ebenen einbringen. So setzen sie sich für eine angemessene Vertretung der Stadt Bern in der Geschäftsleitung und den Kommissionen ein. Die Federführung der Vorbereitungsarbeiten liegt jedoch beim Projekt Bernplus und beim VRB.

Zu den Fragen 3 und 4:

Eine gemeinsame Kommunikation der Gemeinden des VRB-Perimeters wird zurzeit im Rahmen des Projekts Bernplus vorbereitet und umgesetzt. Der Gemeinderat erachtet eine koordinierte Kommunikation als sinnvoll und notwendig und beteiligt sich aktiv daran. Die Federführung der Kommunikation liegt jedoch beim Projekt Bernplus und nicht bei den einzelnen Gemeinden, weshalb der Gemeinderat lediglich subsidiär aktiv ist.

Im Mai 2008 fanden fünf Informationsveranstaltungen zur Einführung der Regionalkonferenz für die Gemeinden der Region Bern-Mittelland statt. Ob der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt noch eine zusätzliche Informationsveranstaltung für die Stadtberner Bevölkerung organisieren wird, ist noch offen. In jedem Fall wird er alle Kommunikationsmassnahmen in enger Zusammenarbeit mit Bernplus durchführen.

Bern, 11. Juni 2008

Der Gemeinderat